

Gibt es ein "Islamproblem"? Brauchen wir mehr Toleranz?

Religionen und Frieden

Gläubige, gleich welcher Religion, sind überzeugt, dass Religion Frieden bringt, Frieden erhält, und viele lassen sich sogar überzeugen, dass Religion den Weg ins ewige Paradies ebnet. Letzteres kann glauben wer will, aber schon aus unserer Geschichte wissen wir, dass Religion weder zum Frieden geführt, noch wesentlich zu seiner Erhaltung beigetragen hat.

Seit das Christentum Staatsreligion wurde, wird die europäische Geschichte im Namen der Religion immer wieder von Entmündigung, Unterdrückung, Ausbeutung, Mord und Krieg geprägt. Mit der christlichen Staatsreligion fällt ein "Schatten über Europa".¹ Erst mit der Reformation begann ein Prozess des Nachdenkens, der zunächst in mörderischen Auseinandersetzungen zwischen nun zwei christlichen Strömungen und damit Machtblöcken führte. Mit der Aufklärung und den Forderungen der französischen Revolution begann die Säkularisierung der Gesellschaft, die zu einer Verdrängung des Religiösen aus dem öffentlichen Raum führte. Dieser Prozess ist fließend und noch lange nicht abgeschlossen. ...



Die von den Philosophen der Aufklärung beschriebenen Werte des Humanismus' reklamieren die christlichen Kirchen heute für sich. Es wird verschleiert, dass Inhalte des Christentums nach wie vor konträr zum Humanismus stehen. Werte, wie Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung, die von den Kirchen heute als christliche Werte bezeichnet werden, mussten gegen den Widerstand der Kirchen erkämpft werden. Dieser Kampf ist bis heute nicht abgeschlossen. Mit dem an Einfluss gewinnenden Islam tritt in unserer Gesellschaft ein neuer Gegner im Kampf um die über Jahrhunderte erkämpften Grund-, Freiheits- und Menschenrechte auf.

Darum kann Kritik am Islam, um den es in diesem Beitrag geht, nur im Zusammenhang mit der Geschichte des Christentums und Religionskritik allgemein gesehen werden!

Religion ist Privatsache

Viele Gläubige, die sich als christlich bezeichnen, haben sich lange von den offiziellen "Lehren" der Kirchen abgewandt und gehen in Glaubensfragen eigene Wege. Daneben hat sich eine neue Bewegung von selbstbewussten Atheisten entwickelt, die sich mehr oder weniger gegen christliche Einflussnahme wendet und mit einer Bandbreite von Gleichgültigkeit bis Entsetzen Toleranz gegenüber Gläubigen übt. Es wird gefordert, dass Religion zur Privatsache wird und ihr in der Öffentlichkeit nur der Raum zusteht, der ihr nach Bedeutung und gesellschaftlicher Stellung sowie aus ihrer Tradition gebilligt werden kann. Dieses kann aber nur zulässig und tolerierbar sein, soweit sich Gläubige selbstverantwortlich und ohne staatliche Unterstützung im Rahmen der freiheitlich, demokratischen Grundordnung bewegen.

Trennung von Religion/Kirche und Staat

Eine allgemein gesellschaftliche Unterstützung von Religionsgemeinschaften kann nur freiwillig und ohne staatliche Hilfe und schon gar nicht dadurch erfolgen, dass der Staat Aufgaben zum Vorteil von Religionsgemeinschaften übernimmt, z. B. auch deren Personal teilweise auf Kosten der Allgemeinheit bezahlt und dadurch andere Religionsgemeinschaften und Nichtreligiöse benachteiligt.

Sonderrechte für alle Religionen beseitigen, keine neuen Sonderrechte für Muslime

Wir, und die Initiative "Religionsfrei im Revier" (RiR), ein Zusammenschluss von Menschen im Ruhrgebiet, die sich allgemein gegen die Bevorzugung von Religionsgemeinschaften durch den deutschen Staat wenden, betrachten mit Sorge Tendenzen, dem Islam ähnliche Sonderrechte einzuräumen, wie sie heute immer noch den christlichen Religionen eingeräumt werden. In einer Phase, in der in Deutschland zaghaft damit begonnen wird, Religionsunterricht durch Ethikunterricht und vergleichende Religionskunde zu ersetzen, macht es keinen Sinn, islamischen Religionsunterricht an Schulen und islamische Theologie an Universitäten zu etablieren. Traditionelle Theologie, eine Scheinwissenschaft, sollte an staatlichen Universitäten keinen Platz haben und könnte durch Religionsforschung ersetzt werden.

Die Immigration von Menschen muslimischen Hintergrunds war in Deutschland in den Anfangsjahren einer Zuwanderungsbewegung kaum ein Problem. Vor dem Hintergrund multikultureller Vorstellungen war Zuwanderung begrüßenswert, und Integration zum Vorteil aller war und ist bis heute erwünscht.

Mit dem Fortschreiten eines konfliktauslösenden, fundamentalistischen Islams in der Welt, der sich auch auf Integrationsbemühungen in Deutschland auswirkt, wird das friedliche Zusammenleben unter den Völkern und in

¹ Rolf Bergmeier: Schatten über Europa, Alibri Verlag

den Gesellschaften erheblich gestört, wie die aus religiösen Konflikten entstandenen Kriege und die gewaltsamen Auseinandersetzungen zeigen und der Terror mit islamreligiösem Hintergrund in den Gesellschaften erschreckend beweist.

Der Islam bedroht freiheitlich demokratische Grundordnungen

Extremer Islamismus fordert den "Gottesstaat". Gemäßigte Muslime fordern Rechte ein, die sie aus dem Islam herleiten. Sie glauben, dass sie diese Rechte zur Ausübung ihres Glaubens fordern müssten. Begründet werden diese Forderungen mit Berufung auf Gleichberechtigung und auf Religionsfreiheit.

Während christliche Religionen nicht im Widerspruch zur "Europäischen Menschenrechtskonvention" (EMRK) stehen, da sich ihre religiösen Inhalte in erster Linie auf die Ausübung der Religion im privaten Bereich beziehen und sich religiöse Darstellungen in der Öffentlichkeit mit den traditionell vorherrschenden Normen decken und im Rückzug begriffen sind, ergibt sich durch einen fortschreitenden Islam in Deutschland, mit teilweise aggressiv demonstrierten islamreligiösen Symbolen, ein neues Problem:

Der Islam geht in seinen Auswirkungen über den privaten Bereich der Menschen hinaus. Er wirkt mit seinen Regeln (im Gegensatz zu anderen Religionen) gesamtgesellschaftlich. Diese Regeln begründen sich in der Scharia. Der Islam hat also viel größere Auswirkungen auf die Gesellschaft als die in unserer Gesellschaft etablierten Glaubensrichtungen. Damit dürften sich größere Spannungen im Zusammenleben der Menschen in westlichen Gesellschaften nicht vermeiden lassen.

Zwar gibt es in islamischen Ländern auch Erklärungen zu Menschenrechten, allerdings werden diese dort unter Vorbehalt der Scharia gestellt. Am 05. 08. 1990 wurde von 45 islamischen Staaten die "**Kairoer Erklärung der Menschenrechte**"² verabschiedet. Die Erklärung nimmt zwar weitgehend die Reihenfolge der Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf, schränkt sie aber "innerhalb der Grenzen der Scharia" ein. Darum kann die "Kairoer Erklärung der Menschenrechte" von einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft nicht akzeptiert werden.

Betrachtet man die praktische Anwendung der sich aus der Scharia ergebenden religiösen Regeln, so werden die Verstöße gegen Menschenrechte und Konflikte mit unseren Rechtsnormen deutlich. Es dürfte auch klar sein, dass die Scharia mit den Rechten aus Artikel 9 der Europäischen Menschenrechts Konvention, die die freie Religionsausübung garantiert, nicht vereinbar ist und mit westlichen Rechtsnormen kollidiert:

Ausdrücklich heißt der Koran die Polygamie für gut:

- Ein Mann kann sexuelle Beziehungen mit 4 Ehefrauen und einer unbestimmten Zahl von Sklavinnen haben!
- Ein Mann kann ein sexuell unreifes Mädchen heiraten!
- Ein Mann kann seine Frau verstoßen, während der umgekehrte Fall nicht möglich ist!
- Das Zeugnis eines Mannes ist den zweier Frauen wert!
- Die Erbschaft einer Frau ist die Hälfte von der eines Mannes!
- Der Mann hat das Recht, seine Frau bei Ungehorsam zu schlagen!
- Apostasie wird mit dem Tode bestraft!"
- An vielen Orten wird auch der Ehebruch nach der Scharia mit Steinigung bestraft.³

Islamische Ansichten und Praktiken sind in unserer Gesellschaft überwiegend fremd

Weitere Probleme mit einer fortschreitenden Islamisierung ergeben sich aus Verhalten und Handlungen, die Gläubige aus dem Koran oder der Sunna ableiten und mit denen sich vermehrt bereits heute die deutsche Rechtsprechung auseinandersetzen muss:

- Die Gehorsamspflicht der Frau gegenüber ihrem Mann;
- das Recht des Vaters, über die Ehwahl seiner Tochter zu entscheiden oder sie zu verweigern;
- der Brauch, Mädchen früh zu verheiraten;
- das Sorgerecht des Mannes nach dem Verstoßen der Frau für Jungen ab 7 Jahre und Mädchen ab 12;
- die Autorität der Brüder über ihre Schwestern;
- die Zurückhaltung von Männern, um unter Aufsicht von Frauen zu arbeiten;
- die Weigerung des Mannes, seine Frau von einem männlichen Arzt behandeln zu lassen;
- die Weigerung, einer Frau die Hand zu geben;
- die Ablehnung des gemischten Schwimmens;
- die Ablehnung männlicher Bademeister beim exklusiven weiblichen Schwimmen;
- der von Eltern ausgeübte Zwang auf ihre Töchter, ein Kopftuch zu tragen;
- die Forderung muslimischer Frauen, ungeachtet der Kleiderordnung Kopftücher überall tragen zu können;
- die Forderung einiger, überall einen Niqab (voller Gesichtsschleier), ein Jilbab (langes verhülltes Kleid) oder eine Burka tragen zu können;
- die Forderung, ihren eigenen Gebetsraum in Schulen und anderen Institutionen zu haben;
- die Verpflichtung, in gemeinsamen Kantinen immer Halal-Fleisch zu bekommen;

² siehe dazu auch "Heiligt die islamischen Menschenrechte!" - <http://www.atheisten-info.at/infos/info0531.html>

³ nach Etienne Vermeersch, Prof. für Philosophie, Universität Gent, aus Islam-Debatte 26. 11. 2010, Nr. 10739, HPD

- die Forderung, keine Lehrstunden über die Evolutionstheorie, Sexualkunde und den Holocaust (die Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten in Deutschland) zu bekommen;
- die Vorstellung der Homosexualität als störendes Fehlverhalten;
- sowie die Forderung, rituelle Körperverletzungen (Beschneidung) durchführen zu dürfen, usw.

Viele dieser Forderungen werden auch von Muslimen in westlichen Gesellschaften nicht gestellt. Auch Muslime identifizieren sich nicht mit allen dieser Forderungen. Sie werden auch von ihnen für westliche Gesellschaften als kaum zu akzeptieren angesehen.

Viele Menschen sind aus islamischen Ländern geflohen und suchen Freiheit (auch vor Religion) in westlichen Ländern.

Allerdings erhöht sich offenbar die Anzahl so genannter "Strenggläubiger" sowie Fundamentalisten bis hin zu Salfisten, die auf diese Forderungen und Verhaltensweisen aus Scharia und Sunna nicht verzichten wollen und glauben, sich auf "Religionsfreiheit" berufen zu können.

Es dürfte in westeuropäischen Gesellschaften, die sich von einer religiösen Prägung immer mehr hin zu einem evolutionär geprägten Humanismus entwickeln, kaum möglich sein, religiöse Ansichten und Praktiken zu akzeptieren, die von einem Islam geprägt werden, der sich in einer voraufklärerischen Phase befindet und sich, auch dem Feudalismus zugewandt, gegen freiheitliche, demokratische Grundordnungen richtet.

Darum ist Kritik dringend erforderlich! Sie darf nicht von vorne herein als Intoleranz, Islamphobie oder Rassismus diskriminiert werden!

Zunehmende Intoleranz muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger gegenüber einer aufgeklärten Gesellschaft

Mit Sorge betrachten wir eine Entwicklung, die ein Klima der Intoleranz seitens einiger Muslime gegen Menschen anderer Religionen und besonders gegenüber "Ungläubigen" schafft. Dafür sind die Ausschreitungen nach den sogenannten "Mohammed Karikaturen" nur ein Beispiel.

Schon vermeintliche Kritik am Islam, kann offene Aggression auslösen, so wie ein Bekenntnis zum Atheismus gegenüber einigen Muslimen zu ernsthaften Bedrohungslagen führen kann. Frei denkende Intellektuelle und Künstler, Lesben und Schwule fühlen sich gerade vom fundamentalistischen Islam angegriffen und ausgegrenzt (Fahrverbot für Frauen, Einreiseverbot für Homosexuelle in Golfstaaten).



Für immer mehr Menschen in westlichen Gesellschaften werden allgemeingültige Regeln für (christliche) religiöse Bräuche (z. B. Tanzverbot) als Bevormundung und andere, nicht allgemeingültige (islamische), zunehmend auch als Belästigung (öffentliche Ramadanfeste, rituelle Schlachtungen) empfunden. Rituelle Beschneidungen lösen Empörung und Proteste aus.

Darum wird in einer Gesellschaft, in der weitere Privilegien für Religionsgemeinschaften geschaffen werden, ein friedliches Miteinander erschwert.

Die Emanzipationsgeschichte seit der Französischen Revolution und die Emanzipation von der durch die Religionen verursachten Ungleichheit stehen auf dem Spiel. Von einem Islam, der die Menschenrechte und freiheitliche demokratischen Grundrechte achtet, ist in der öffentlichen Diskussion nur wenig zu vernehmen. Die Wortführer eines zunehmend intoleranten und politischen Islams bestimmen offenbar die Diskussion. Ein Islam, der die Freiheitsrechte Anders- oder Nichtgläubiger respektiert, wird im öffentlichen Diskurs kaum wahrgenommen.

Ein Islam, der frei denkenden Menschen, Frauen, Künstlern, Homosexuellen das Recht auf freie Gestaltung ihres Lebens im Rahmen einer freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung abspricht, ist nicht tolerierbar.

Eine durch Rassismus motivierte Islamkritik lehnen wir ab. Wir lehnen aber auch eine verklärte Toleranz ab, die reale Probleme durch Religionen oder durch Religiosität ignoriert oder beschönigt.

Für eine friedliche, tolerante und freiheitlich demokratische Gesellschaft fordern wir die strikte Trennung von Religion/Kirche und Staat, die schrittweise Rückführung sämtlicher vorhandener Privilegien für alle Religionsgemeinschaften. Die auf den Islam erweiterte Einführung von Privilegien ist abzulehnen. Sie verhindert deren notwendigen Abbau für die christlichen Kirchen und damit von den immer wieder zutage kommenden Missständen, die damit einhergehen und unserer Gesellschaft schon genug Probleme bereiten.

Der Beitrag beruht auf Diskussionen, die im Mitgliederforum von "**Religionsfrei im Revier**"⁴ geführt wurden.

© **Berit & Manfred Such** (Näheres auf der nächsten Seite)

⁴ <http://religionsfrei-im-revier.de/>

Berit Such (Jahrgang 1948), Dipl. Verwaltungswirtin, Kriminalhauptkommissarin (KHKin i.R.), Politikerin, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliges Mitglied im Rat der Stadt Werl im Kreis Soest, 15 Jahre Fraktionssprecherin im Rat der Stadt Werl,

Manfred Such (Jahrgang 1942), Dipl. Verwaltungswirt, Kriminalhauptkommissar (EKHK i. R.), ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis 90/Die Grünen (1989 – 1991, 1994 – 1998).

Autor: Bürger statt Bullen – Streitschrift für eine andere Polizei, Klartext Verlag Essen, 1988, sowie verschiedene Veröffentlichungen.

Berit und Manfred Such wurden in Deutschland als "Kritische Polizisten" 1988 mit dem Gustav Heinemann Bürgerpreis ausgezeichnet. Sie sind bekennende Atheisten, haben 10 Jahre in Dänemark gelebt und wohnen jetzt in Dortmund und haben sich der Initiative "Religionsfrei im Revier" (RiR) angeschlossen, in der sich Menschen aus dem Ruhrgebiet zusammengefunden haben, die religiöse Weltanschauungen kritisch hinterfragen und für eine religionsfreie, demokratische Gesellschaft eintreten.
